

# Rechenschaftsbericht der BmU 2018/2019

Wir blicken auf ein politisch sehr kontroverses und anstrengendes Jahr zurück.

Natürlich hat das Thema Neanderhöhe die politische Debatte dominiert, teils mit einer Aufregung, Unsachlichkeit und Aggressivität, welche weit über die Schmerzgrenze eines ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitikers gegangen ist.

Zunächst beginnen wir aber mit einer Zusammenstellung wichtiger anderer Themen, da die kommunalpolitische Arbeit deutlich vielfältiger ist, als über Presse o.ä. zu erfahren ist.

- **Arbeitskreis Finanzen**

Die Auflösung des AK Finanzen wurde durch CDU und SPD im Rat am 10.07.2018 abgelehnt. Auch die BmU hatte sich für die Auflösung ausgesprochen, da dieser AK nicht-öffentlich tagt. Außerdem waren die Ergebnisse bislang nicht ergiebig gewesen oder Empfehlungen wurden von der Verwaltung fast wie ein Beschluss behandelt. Wir sind der Ansicht, dass die Gemeindeordnung mit dem Finanzausschuss ein geeignetes Gremium vorsieht, in dem Sparvorschläge und die Ausgabensituation diskutiert werden sollten und zwar öffentlich. Die BmU bleibt wie die Grünen dabei, dass sie sich nicht an diesem AK beteiligt.

Zielführender wäre unserer Meinung nach ein **freiwilliges Haushaltssicherungskonzept**, um die Haushaltslage in den Griff zu bekommen, inklusive Bürgerbeteiligung, sprich Öffentlichkeit.

- **Rattenbekämpfung neu ausgeschrieben**

Die Kritik der BmU an der vor 2 Jahren geänderten Strategie zur Rattenbekämpfung hat sich bewahrheitet. Durch die Trennung von Bekämpfung auf öffentlichem und privatem Boden ist eine erfolgreiche Rattenbekämpfung nicht mehr gelungen. Dieser Fehler wird nun mit einer neuen Ausschreibung korrigiert, die auch die Privatgrundstücke wieder einschließt.

- **Brandschutzbedarfsplan wird fortgeschrieben**

Auf Initiative der BmU ist klargestellt worden, dass der Brandschutzbedarfsplan das Risiko einer in Betrieb befindlichen CO- Pipeline nicht deckt.

- **Feuerwehrgerätehaus für Alt-Erkrath**

An der Kreuzstraße ist der Bebauungsplan für das Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr auf den Weg gebracht worden. Die BmU hatte sich hartnäckig gegen die ursprünglichen Pläne am Steinhof gestemmt und auch eine vermittelnde Rolle eingenommen, damit der von der Feuerwehr gewünschte und einsatztaktisch viel sinnvollere Standort gegenüber des Friedhofs auf den Weg gebracht werden konnte.

Der Kritik an der massiven Kostensteigerung schließen wir uns allerdings an.

- **Bebauungsplan Cleverfeld/ neue Rettungs- und Feuerwache**

Unseren Standpunkt hinsichtlich der Ablehnung dazu haben wir in unseren Berichten und auf unserer Homepage schon mehrfach ausführlich dargelegt.

Wir bleiben dabei, dass wir die Entscheidung von SPD und CDU vor 5 Jahren für diesen Standort für falsch halten. Nicht nur, dass ein Naturschutzgebiet bebaut wird, eine Biotopvernetzung aufgehoben wird und nebenan klageerfahrende Nachbarn aufgrund des Lärmschutzes durchaus gute Gründe für eine Klage haben, kritisieren wir die Pläne auch aus feuerwehrtaktischem Blick: es fehlt der ursprünglich als absolut notwendig beschriebene 2. Anfahrtsweg und die Rotschaltung der Kreuzung Bergische Allee/Schimmelbuschstraße dürfte den nachrückenden Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr die Anfahrt erschweren. Zudem zeigt die Kostenexplosion auf mittlerweile 32 Millionen €, dass das Argument „auf der grünen Wiese wird es günstiger“ falsch war.

Wäre man vor 6 Jahren dem Gutachten gefolgt, am alten Standort neu zu bauen und während der Bauzeit die Rettungskräfte in benachbarten Gebäuden unterzubringen, wären wir heute weiter und günstiger dabei.

- **Insektenschutz auf städtischen Verpachtungsflächen**

Bei Gegenstimmen durch die CDU hat der Rat am 10.07.2018 beschlossen, dass auf verpachteten Flächen keine Insektizide und Glyphosat (als Universalpestizid) mehr eingesetzt werden dürfen. Weiterhin erlaubt bleiben Fungizide und Herbizide. Außerdem müssen die Landwirte einen Blüh- und Schonstreifen am Ackerrand anlegen. Zwar kann der Rat dies nur für Flächen im Stadtbesitz bestimmen, aber es ist das, was in seiner Möglichkeit steht, um das Insektensterben einzudämmen. Bezüglich anderer Faktoren (Monokulturen, Luftverschmutzung u.a.) ist die Politik in Berlin und Brüssel gefragt.

- **Ordnungsbehördliche Verordnung**

Die BmU hatte vor fast 20 Jahren den Erlass einer „Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ für Erkrath gefordert und nach langer kontroverser Diskussion eine politische Mehrheit gefunden. Die Presse sprach von wieherndem Amtsschimmel, Detlef Ehlert (SPD) und Wilfried Schmidt (CDU) meinten zunächst, diesen von der BmU in den PIUV eingebrachten Vorschlag im nächsten HFA „beerdigen“ zu müssen.

Heute gilt dieses Instrument grundsätzlich als bewährt und wichtig. Nur so kann z.B. das Ordnungsamt bei Zuwiderhandlungen eingreifen.

Nun standen erneut Änderungen an. So wird z.B. zusätzlich geregelt, dass Hundeführer jederzeit geeignete Utensilien zur Beseitigung von Hundekot mit sich führen müssen. Näheres siehe im Ratsinformationssystem unter Vorlage 231/2018.

- **Neubauten von Kindertagesstätten**

Nachdem an der Hüttenstraße eine neue Kita im Bau ist und Pläne für eine weitere Kita in Alt-Erkrath entstehen, muss dies nun auch in der Sandheide vorangetrieben werden, da

aktuell gerade dort viele Kinder ohne Kita-Platz bleiben, für deren (Sprach-)Entwicklung dieser Platz enorm wichtig wäre.

Daher regt die BmU an, im Zuge der Sanierungsarbeiten des Stadtweihers auch einen Neubau einer Kita dort in Betracht zu ziehen. Der Stadtweiher muss wegen unzureichendem Wasserzufluss wohl verkleinert werden, diese Fläche könnte man für eine Kita nutzen.

- **Abfallgebühren sinken**

Die Abfallgebühren können in Erkrath erheblich gesenkt werden! Zum Teil über 40%! Das ermöglichen insbesondere die Überschüsse aus den Vorjahren. Der BmU-Fraktionsvorsitzende B. Osterwind dazu: "Angemessen wäre gewesen, die Gebühren schon früher zu senken." Nähere Auskünfte kann man der Vorlage 206/2018 im Ratsinformationssystem entnehmen.

- **„Erkrath-Pass“ – der Sozialpass für Erkrath**

Nachdem das Jobcenter mitgeteilt hat, dass es bereit wäre, Erkrather Anspruchsberechtigten einen Sozialpass auszustellen, hat sich der Aufwand für die Erkrather Verwaltung so reduziert, dass die BmU der Einführung des Erkrath-Passes zugestimmt hat.

Dieser soll den Anspruchsberechtigten ersparen, mit ihren Leistungsbescheiden um Ermäßigung bei Musikschule, VHS o.ä. zu bitten.

So können Erkrather Kinder nun problemlos z.B. am Unterbacher See vergünstigt das Freibad nutzen.

Zudem wurde entschieden, dass Azubis bei Theaterangeboten in Zukunft Rabatt erhalten werden, und dass Besitzer der Familien-Karte 10% und Leistungsempfänger 50% auf Ferienangebote bekommen werden.

- **Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nach KAG**

Nach einem Antrag der BmU-Fraktion hat der Rat die folgende Resolution an die Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zur Änderung des § 8 KAG gerichtet: „Der § 8 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen wird so geändert, dass die Rechtsgrundlage für Straßenbaubeiträge in NRW abgeschafft wird und somit die Kommunen keine Ausbaubeiträge mehr von Anliegern erheben. Die Einnahmeausfälle der Kommunen sind durch angemessene Zuweisungen des Landes an die Kommunen zu kompensieren. Ein angemessener Eigenanteil der Kommunen bleibt bestehen.“

Begründung: Die Erhebung von Anliegerbeiträgen in der Stadt Erkrath zeigte in der Vergangenheit, dass es weder gelungen ist, Abrechnungsverfahren zu finden, welche im Allgemeinen, erst Recht nicht im Einzelfall, als gerecht empfunden werden, noch wurden die Abrechnungen zeitnah erhoben.

Der administrative Aufwand zur Abrechnung und die z.T. sich anschließende Betreuung der Rechtstreitigkeiten eines Rechtsgebietes mit einer weiter zuwachsenden, detailreichen,

jahrzehntelangen Rechtsprechung, waren personalintensiv und zum Teil nur durch weitere Kosten durch z.B. Rechtsgutachten zu bewältigen.

Die Kommunen sollen demnach zukünftig keine Ausbaubeiträge von Anliegern mehr erheben. Einnahmeausfälle sollen durch einheitliche und zweckgebundene Zuweisungen des Landes an die Kommunen kompensiert werden.

Dies ist in Zeiten erheblich gestiegener Einnahmen bei Land und Bund zu rechtfertigen. Die mit der Maßnahme verbundene Entbürokratisierung und Entlastung der Gerichte ist selber bereits nennenswerter Teil der Gegenfinanzierung.

- **BmU kritisiert Bebauungsplanung Wimmersberg:  
Verzicht auf Entlastungsstraße und Gewerbeflächen ist verkehrt**

Die BmU bedauert, dass CDU, SPD und Grüne die langjährigen Überlegungen zur Realisierung der Entlastungsstraße am Wimmersberg zwischen Hochdahler Straße und Schlüterstraße abgelehnt haben und damit dem Investor eine kostengünstige Erschließung andienen.

Die BmU stellt klar:

Die Entlastungsstraße ist die einzige nachhaltig wirkungsvolle Maßnahme, um die laut Lärmaktionsplan „ungesunden Lebensverhältnisse“ im Bereich Kreuzstraße, Neanderstraße, Düsseldorfer Straße zu verbessern, indem sie den Verkehr durch ihre Entlastungsfunktion zum einen verringert und einen weiteren Teil umverteilt.

Laut Verkehrsgutachten würden in Alt-Erkrath dank der Abkürzungsfunktion der Entlastungsstraße durch die Entlastungsstraße täglich 3764 km weniger zurückgelegt. Der BmU-Fraktionsvorsitzende Bernhard Osterwind hat berechnet: „Allein durch die Verkehrsreduzierung an Werktagen ergibt sich eine jährliche CO<sub>2</sub>-Entlastung in Höhe von 165 Tonnen!“

Gerade im Hinblick auf die Bauprojekte Erkrath-Nord und Wimmersberg mit ihrem zusätzlichen Verkehrsaufkommen ist die Entlastungsstraße notwendig.

60% der Strecke der Entlastungsstraße müssen im Falle der Erschließung des Entwicklungsgebietes Wimmersberg sowieso gebaut werden. Die von den Parteien Grüne, CDU, SPD und der Verwaltung genannten Nachteile, z.B. die Kosten und die Flächenversiegelung, wiegen die Vorteile nicht auf.

Hier muss dem Gemeinwohl Vorrang gegeben werden.

**Die letzte Chance, eine zweite Ost-West Verbindung durch einen kleinen Lückenschluss zu bauen, wird für immer verbaut.“**

Zudem wird zum Bedauern der BmU die Fläche komplett mit hochgeschossiger Wohnbebauung überzogen. Nach Vorstellung der BmU hätte der Erhalt eines Teils des ca. 7,6 ha großen Gewerbegebietes entlang der Bahn einerseits einen wesentlichen Beitrag zur Lärmabschirmung gegenüber der Bahn und andererseits durch die Arbeitsplätze eine Verringerung der Auspendlerquote aus Erkrath zentrumsnah ermöglicht. Die Entscheidung erhöht nur den Druck, an anderem Ort Gewerbeflächen auszuweisen!

Dass zurzeit hochgeschossiger Wohnungsbau verglichen mit einem Gewerbeflächenrecycling die höheren Gewinnaussichten hat, spielt für die BmU eine sehr untergeordnete Rolle. Für die Gewerbeflächen gibt es in Erkrath kaum Alternativen, für zusätzlichen Wohnraum steht dagegen mit Erkrath-Nord ein hohes Entwicklungspotenzial im Eigentum der Stadt bereit.

**Es ist auch nicht zu verstehen, dass sowohl Grüne als auch SPD hier Gewerbeflächen aufgeben, die sie an anderer Stelle (vergleiche Thema Neanderhöhe) auch nicht haben**

wollen. Eine Antwort auf die Frage, wo man denn dann Gewerbe ansiedeln soll, geben beide Parteien nicht.

- **Und das dominierende Thema: Der Kompromiss-Bplan Neanderhöhe und das unzulässige Bürgerbegehren dazu**

In ihrer **Haushaltsrede** hat die BmU ihre Beweggründe aufgezeigt, warum sie angesichts der Finanzlage der Stadt auch die Schaffung von Flächen für die Ansiedlung von gewerbesteuerkräftigen Unternehmen für notwendig erachtet. Neben ökologischen hat die BmU gerade im Sinne der Generationengerechtigkeit auch finanzpolitische Aspekte im Blick. Die reduzierte Planung auf dem südlichen Teil der Ackerfläche an der Neanderhöhe zwischen Wertstoffhof und Schrottplatz stellt für die BmU einen notwendigen Kompromiss dar.

Die BmU stimmt mit dem Kämmerer überein, wenn er jedes Jahr daran erinnert, dass die Generationengerechtigkeit deutlich mehr beachtet werden muss.

Daher fragt die BmU:

**Was hinterlassen wir den kommenden Generationen?  
Können wir so weitermachen?**

#### **I. Der Umgang mit unserer Natur - so können wir nicht weitermachen**

Wir wollen zukünftigen Generationen eine lebenswerte Stadt hinterlassen, verantwortungsvoll angesichts des Klimawandels, mit ausreichenden Erholungsräumen, Erhalt der Artenvielfalt, ökologisch verantwortbar.

Daher muss der Umwelt- und Landschaftsschutz eine hohe Priorität haben.

Wir betonieren in den Industriestaaten riesige Flächen zu, wir verlieren stetig Grünflächen.

Seit vielen Jahren engagieren sich viele Bürgerinnen und Bürger sowie einige politische Kräfte, dass dies in Erkrath nicht oder nur gemäßigt geschieht.

Auch die BmU, ihre Gründungsmitglieder waren daran beteiligt, die Bruchhauser Feuchtwiesen vor einem etwa 20 ha großen Gewerbegebiet zu bewahren, hat sich immer wieder für den Erhalt von Freiflächen und gegen konzeptlose Bebauungspläne eingesetzt. Wir waren gegen die Planungen von Verwaltung und CDU in 2008, die komplette Neanderhöhe zu einem Gewerbegebiet zu machen oder 2011 den Neubau der Feuer- und Rettungswache nördlich des Wertstoffhofs inmitten von Dauergrünland zu setzen. Wir haben mit einer Unterschriftenaktion mit dafür gesorgt, dass im Bayerpark kein Bürogebäude errichtet wurde. Mit unseren Stimmen haben wir uns immer gegen eine Bebauung von Kleines Bruchhaus eingesetzt und wurden die Planungen am Neanderbogen (Bauten bis an den Rand des Neandertales) gestoppt. Wir haben uns von Anfang an dafür stark gemacht, dass der Neubau der Feuer- und Rettungswache am bisherigen Standort erfolgen sollte, was laut damaligem Gutachten gut umsetzbar und kostengünstiger für etwa

18 Millionen Euro möglich gewesen sein soll, für die Bauzeit hätte man die Einsatzkräfte auslagern können. Jetzt wird mit dem Clever Feld ein -inzwischen ehemaliges- Naturschutzgebiet geopfert und die Kosten schießen mit mittlerweile 32 Millionen Euro durch die Decke.

Zu dieser ökologischen Verantwortung steht die BmU auch weiterhin.

Allerdings kann man eine lebenswerte und liebenswerte Stadt nicht allein auf den Schutz der Umwelt beschränken. Diese Scheuklappen muss man absetzen, sonst wird es zur Ideologie.

Man muss auch die Entwicklung der Stadt im Ganzen im Blick haben. Eine Stadt lebt nicht von Bäumen allein.

Die BmU hat in ihrer nun schon 31 Jahre andauernden Arbeit Aspekte wie u.a. Soziales, Familienfreundlichkeit, ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Bildung, sanierte Schulen, Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, demographischer Wandel, Mobilität, Kultur, Arbeitsmöglichkeiten, Wirtschaftsförderung und die Eigenfinanzierung der Stadt im Blick.

Hierzu hatten wir das Stadtentwicklungskonzept initiiert und glücklicherweise 2014 auch zusammen mit CDU und SPD mehrheitlich beschließen können, welches uns für die nächsten Jahre eine gute Perspektive aufzeigt, wie man Erkrath in Zeichen des Klimawandels, des demographischen Wandels und der Finanzkrise der Kommunen positiv gestalten kann, ohne, wie vorher, konzeptlos von Maßnahme zu Maßnahme zu schwimmen.

Die Arbeit der BmU orientiert sich an den Ergebnissen dieses Konzeptes.

Was hinterlassen wir den kommenden Generationen?

Wir kommen zu folgendem Schluss:

So können wir nicht weitermachen.

## **II. Die Finanzlage der Stadt: wir machen Defizite und Schulden – so können wir nicht weitermachen**

Wir wollen zukünftigen Generationen eine lebenswerte und gerechte Stadt hinterlassen, sozial, familienfreundlich, mobil, für alle Generationen, mit vielfältigen Bildungs- und Kulturangeboten.

Die Pflichtaufgaben der Stadt, z.B. bezüglich der Sozialleistungen steigen stetig an, vieles davon bildet sich in der Kreisumlage von 21 Millionen Euro ab. Der notwendige und wichtige Ausbau der Kinderbetreuung in den Kitas, Tagespflegen und Offenen Ganztagschulen, die BmU steht voll dahinter, hat die jährliche Unterdeckung in diesen Bereichen von 6,8 Millionen im Jahr 2008 um 5,5 Millionen auf nun 12,7 Millionen Euro steigen lassen. Gerade bei diesen Themen zeigt sich ein Problem: Bund und Land erlassen Gesetze, welche

die Kommunen umsetzen müssen, eine vollständige Gegenfinanzierung findet aber nicht statt. Symbolpolitisch werden zwar immer wieder Milliarden zur Verfügung gestellt, aber diese werden mit der Zeit auch wieder verringert und decken nie die gestiegenen Ausgaben. Die Kommunen werden im Regen stehen gelassen.

Dennoch sieht der Haushaltsplan 2019 positiver aus als in den Jahren zuvor.

Statt einem geplanten Defizit von etwa 7 Millionen Euro wie in den Vorjahren, soll dies 2019 nur noch 1,72 Millionen Euro betragen. 2021/2022 soll ein ausgeglichener Haushalt vorliegen, die „schwarze Null“ stehen.

Dies erscheint auf den ersten Blick als eine positive Entwicklung.

Wobei man aber auch bereits den perspektivischen Blick auf die Kommunalwahlen 2020 zu Stadtrat und Bürgermeisteramt erkennen kann:  
der Stellenplan mit neuen Stellen und Beförderungen fällt deutlich gemäßiger aus – nachdem einige Jahren in die Vollen gegriffen wurde und durch die gestiegenen Personalkosten die Einnahmen aus der erhöhten Grundsteuer aufgezehrt wurden - und Ausgaben, die sowieso von der (Bau-) Verwaltung nicht umgesetzt werden könnten -wie in den letzten Jahren stetig zu beobachten -, werden diesmal erst gar nicht eingeplant.

Aber dieser Haushaltsplan hat eine große Schwachstelle, wie der Kämmerer immer wieder betont, beruht er sehr stark auf der ungewöhnlich langanhaltenden Welle der Hochkonjunktur in Deutschland.  
Man muss kein Schwarzseher sein, wenn man die Prognose stellt, dass sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland angesichts der Lage in Europa (nicht nur durch den Brexit) und des gerade durch den US-Präsidenten Trump eingeleiteten Wirtschaftskrieg deutlich verschlechtern dürfte.

Aktuell ist die Wirtschaftslage gut und somit sind gerade die Einnahmen aus Gewerbesteuer und Einkommenssteueranteil auf Rekordhoch.

Uns muss aber klar sein, dass dies kein Dauerzustand sein wird.

Im letzten Quartal 2018 ist das Wachstum bereits auf Null gegangen, der Ifo-Geschäftsklimaindex ist so schlecht wie seit Jahren nicht. Die Konjunkturerwartungen schrumpfen und somit auch die Steuererwartungen, das Bundesfinanzministerium erwartet eine Finanzlücke für die nächsten Jahre.

Wir hoffen es anders, aber es ist deutlich vorauszusehen, dass sich der vorgelegte (erste) Blick in die Haushalte 2019 und folgende leider als falsch herausstellen wird.

Und kommen wir zum zweiten, tieferen Blick!

Wie wird der Haushalt denn ausgeglichen?

Wir verdoppeln (!) mittelfristig die Schulden.

Die Investitionskredite, das was man früher als Schulden bezeichnete, werden sich bis 2022 mehr als verdoppeln, sie steigen von 38,5 auf 86,2 Millionen Euro.

Im NKF (Neues kommunales Finanzmanagement in Nordrhein-Westfalen) sind die „Einnahmen“, eine Vermögenssteigerung, auf der Ausgabenseite steht nur der Zins- und Tilgungsdienst.

Im „klassischen“ Verständnis verdoppeln wir die Schulden und „schwupp“ ist der Haushalt- sogar Dank Feuerwehr- ausgeglichen.

Der Bürgermeister macht das Gegenteil von dem, was er bei seiner Wahl versprochen hat.

Wir müssen jetzt massiv in die Verschuldung gehen, da die Kassenkredite ausgereizt sind und wir ein Liquiditätsprobleme haben bzw. bekommen werden. Bei aktuell besten Einnahmen!!!!

Das Risiko durch steigende Kreditzinsen ist enorm, ein Desaster droht.

In guten Zeiten ist keine Vorsorge getroffen worden, eine Rücklage ist nicht nur nicht gebildet, sondern sogar verzehrt worden. Das Prinzip der kaufmännischen Vorsicht wird nicht beachtet.

Seit 2008 wurde die Ausgleichsrücklage und die allgemeine Rücklage um etwa 56 Millionen verringert, hat die Stadt -praktisch gesprochen- ein Minus von 56 Millionen gemacht und somit etwa 27% des Eigenkapitals verbraucht.

Wir fassen zusammen: ein hoher Verbrauch des Eigenkapitals und massiv steigende Investitionskredite und daraus resultierende Zinslasten sind zu konstatieren. Dies mahnen wir seit Jahren an.

Wenn man die Finanzen der Stadt Erkrath (Jahreshaushalt und Investitionskredite) sanieren will, muss an verschiedenen Schrauben gedreht werden.

## **1. Wir müssen Fördermittel einholen.**

Mit einer gewissen, wirklich tiefen Genugtuung, ja Freude sehen wir die fiskalischen Auswirkungen des Programmes Soziale Stadt und der damit verbundenen Förderungen (A65 ff.).

Sowieso unabweisbare Aufgaben werden darüber in beträchtlicher Höhe gefördert und wir haben – zusätzlich zu den Einnahmen – eine hohe soziale Rendite.

Wie ständen wir jetzt da, hätten wir vor dem Druck des Bürgermeisters und der Verwaltung (= Feuerwehr) sowie Presse und dissoziale Medien nachgegeben?!

Auch der BM hat ja in seiner Einbringungsrede 2019 komplett zurückgerudert und die ganz augenfälligen Vorteile nun gelobt.

Zu erwähnen dabei ist, dass dieses Programm nur vor der Grundlage des von uns initiierten und von den Grünen bis zuletzt abgelehnten Stadtentwicklungskonzeptes möglich war.



## **2. Wir müssen die Einnahmen erhöhen, z.B. durch die Ansiedlung von gewerbesteuerstarken Unternehmen.**

Hierbei kritisiert die BmU, dass CDU, SPD und Grüne auf dem Wimmersberg etwa 7,6 ha Gewerbegebiet aufgeben - sowie zudem den Plan der Entlastungsstraße, eine Entlastung für die West-Ost-Achse (Neanderstr./ Beethovenstr./ Kreuzstr.) entfällt -zu Gunsten des Investors-; gerade angesichts der Bebauungspläne Erkrath Nord sehr unklug. Die BmU hätte einen Mix aus Wohnbebauung und Gewerbe (an der Eisenbahn) inklusive der Entlastungsstraße bevorzugt.

Und es grenzt schon an finanzpolitischen Blindflug, wenn Grüne und SPD nicht nur auf dem Wimmersberg Gewerbeansiedlungen unmöglich machen, sondern auch die deutlich verringerten Planungen (3,4 ha) auf der südlichen Ackerfläche an der Neanderhöhe - zwischen Wertstoffhof und Schrottplatz/Tankstelle- ablehnen.

Eine Antwort, wo man denn Gewerbe ansiedeln soll, geben Grüne und SPD nicht. Die Argumentation der Grünen, es gäbe so große Leerstände, z.B. in Unterfeldhaus, die die Planungen an der Neanderhöhe unnötig machen würden, ist von der Wirtschaftsförderung der Stadt im ASW klar widerlegt worden. Durch Mehrfachzählung gleicher Liegenschaften waren die genannten 50.000 Quadratmeter deutlich zu hoch ausgefallen. Zudem waren einfach viele kleinere Angebote addiert worden, welche für größere Firmen völlig ungeeignet sind. Auch ist für expansions- und neuansiedlungswillige Unternehmen insbesondere aus bilanztechnischen Gründen von großer Bedeutung, ein Objekt in geeigneter Größe zu besitzen und nicht zu mieten. Dafür muss also auch Interessenten Entsprechendes angeboten werden können.

Wir stimmen mit den Grünen aber überein, dass die Stadt die im Haushalt bereit gestellten 2 Millionen Euro für die Entwicklung von leerstehenden Gebäuden und Flächen verstärkt nutzen muss, weisen aber auch darauf hin, dass die Initiative nicht von den Grünen -wie in der Presse mitgeteilt-, sondern von Gerd Paulus, BmU, gekommen war.

Nach langem und gründlichem Abwägen hat sich die BmU für ein Gewerbegebiet auf dem südlichen Teil an der Neanderhöhe ausgesprochen, das ausschließlich für die Ansiedlung von gewerbesteuerkräftigen Unternehmen gedacht ist. Über diese Option hatten wir auch schon seit 2011 gesprochen, ein „Umkippen“ oder „Täuschung“ wirft man uns daher zu Unrecht vor. Wer das sagt, täuscht selber.

Auf mehreren Fraktionssitzungen, teilweise mit Beteiligung von interessierten Bürgerinnen und Bürgern, und in vielen Gesprächen, u.a. bei Ortsbegehungen und mit Anwohnern und Mitgliedern der NSG, haben wir uns sorgfältig mit dem Für und Wider beschäftigt. Gerade das Gespräch mit vielen kritischen Bürgerinnen und Bürgern auf unserem Spekulations-Treffen, unserer offenen Fraktionssitzung im Dezember, hat aufgezeigt, dass man sachlich und respektvoll die unterschiedlichen Standpunkte austauschen kann, was in Ausschüssen, in der Presse und in den dissozialen Medien leider oft nicht der Fall war.

Der BmU ist ihre Entscheidung aus Sicht des für uns sehr wichtigen Natur- und Landschaftsschutzes nicht leichtgefallen, aber als Ratsmitglieder müssen wir im Sinne des Eides -zum Wohle der Stadt- Erkrath als Ganzes realistisch im Blick behalten und die ökologischen und ökonomischen Aspekte sorgfältig abwägen. So gerne auch die BmU die

komplette Ackerfläche an der Hochdahler Straße unberührt lassen würde, dürfen die Augen nicht fundamental vor der Gesamtlage der Stadt verschlossen werden.

Erkrath benötigt Flächen für Gewerbe, die Gewerbesteuer und Arbeitsplätze bringen.

Eine Anhebung des Gewerbesteuersatzes verbietet sich, da dies Firmen vertreiben und abschrecken würde. Die Grundsteuer ist erst vorletztes Jahr erhöht worden, ein Verzicht auf die Einnahmen aus Gewerbeansiedlung an der südlichen Neanderhöhe entspräche nach Einschätzung der Verwaltung einer Anhebung der Grundsteuer um 100 Punkte.

Wenn die Grünen und auch die SPD neben den Gewerbeflächen am Wimmersberg auch auf die jetzt geplante Gewerbeansiedlung im südlichen Teil an der Neanderhöhe verzichten möchten, müssten sie transparenterweise auch erklären, an welchen freiwilligen Leistungen sie dann sparen würden. Wer den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, die Sanierung der Schulen, den Erhalt von VHS, Musikschule, Büchereien, Bürgerbüros sowie keine Kürzungen der Zuschüsse für Schulen und Vereine will, muss auch die Einnahmeseite der Stadt nachhaltig verbessern. Gerade die von P. Knitsch in Diskussionen angeführte Seite „haushaltssteuerung.de“ zeigt auf, dass Erkrath im Vergleich bei der Gewerbesteuer pro Einwohner noch Luft nach oben hat, Erkrath als steuerstarke Kommune zu bezeichnen, ist somit nur relativ richtig bzw. angesichts der Gesamtlage eher abwegig. In der Gewerbefläche pro Einwohner ist Erkrath sogar Schlusslicht im Kreis.

Die BmU stellt allerdings in dieser Diskussion klar, dass die Einnahmen aus dem Projekt Neanderhöhe der Sanierung des Haushaltes und der Schulen dienen müssen und nicht einem zu üppigen Stellenplan. Dem Verkauf von Flächen muss der HFA zustimmen, so dass hier die Politik bei der Entscheidung für ein Unternehmen mitbestimmen wird, bei Bedarf wird die BmU dies auch in den Rat verweisen lassen.

Dass die BmU ihren Namen „Bürger mit Umweltverantwortung“ ernst nimmt, kann jeder u.a. auf unserer Homepage nachlesen. Und gerade bezüglich der Neanderhöhe hat sich die BmU in der Vergangenheit immer wieder mit dem Blick auf den Umweltschutz eingesetzt. Nach der Verhinderung des großen Gewerbegebietes auf der gesamten Neanderhöhe hat die BmU die folgenden Umweltaspekte dort thematisiert und teilweise durchgesetzt. Es war die BmU, die gegen die Angriffe der Kreisbauernschaft das Pestizidverwendungsverbot auch auf der Neanderhöhe erst auf die Tagesordnung brachte und dann durchsetzte, die 2013 durch ein Rechtsgutachten- trotz fehlender Unterstützung nicht nur der Grünen-, die Genehmigung eines Bauschuttwischenlagers für 300 Tonnen (!) Müll verhinderte(!), welches noch näher an Fundstelle und FFH Gebiet liegt (Feldhof 10), die die Genehmigung einer Lackierkabine direkt neben dem Wohngebiet Neanderhöhe bekämpfte.

Die Naturschutzgemeinschaft Neandertal ist bei diesen vier genannten Vorkommnissen auf der Neanderhöhe nicht aktiv geworden und hat die BmU nicht unterstützt. Alle diese Dinge geschahen öffentlich oder / und standen in der Zeitung und im Ratsinformationssystem.

Auch hat die BmU im Bebauungsplan einige Nachbesserungen durchgesetzt.

So ist nun eine archäologische Begleitung auf allen Flächen des Bebauungsplanes festgesetzt, diese soll einerseits keine „erwürgende“ Funktion für das Bauvorhaben haben, andererseits eine ausreichende Chance auf Entdeckung wider Erwarten vorhandener

altsteinzeitlicher Relikte bieten.

Und beim ökologischen Ausgleich geht die Stadt auf Drängen der BmU über das gesetzlich geforderte Maß hinaus, da der Ausgleich der Bodenqualität in NRW nicht vorgesehen ist.

Es bleibt festzuhalten, dass die BmU neben den fiskalischen auch die ökologischen Gesichtspunkte berücksichtigt hat: Der größere Teil, der an das Neandertal und die Fundstelle angrenzt, bleibt im Gegensatz zur früheren Planung unbebaut und wird durch einen kräftigen grünen Gehölzstreifen von 6000 qm vom Gewerbegebiet getrennt, der auch der besseren Biotopvernetzung an dieser Stelle dienen soll. Kein Dauergrünland wird im Gegensatz zu früheren Planungen in Anspruch genommen. Bei der geplanten Fläche handelt es sich um eine konventionell auch mit Chemie bewirtschaftete Ackerfläche, die von Wertstoffhof, Schrottplatz, Straße und Timo-Com umgrenzt ist. Ihre ökologische Funktion war gering. Die wesentliche Biotopvernetzung erstreckt sich im nördlichen Teil der Neanderhöhe und bleibt unberührt. Die Option eines weiteren Bauabschnittes wurde aus dem neuen Bebauungsplan entfernt, Gebäudehöhen zum „Rand“ reduziert. Unter dem Strich geht es also um einen Kompromiss von 3,4 ha, welche neu für lukratives Gewerbe erschlossen werden sollen und die sonst im Bestand in der Form nicht darstellbar sind.

### **3. Wir müssen sparen.**

Angesichts dieser Perspektiven und langfristig gedacht, müssten sich die Politik und die Verwaltung eigentlich um einen ausgeglichenen Haushalt bemühen.

Die Politik müsste sich einvernehmlich (!) auf ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept verständigen und Sparmaßnahmen prüfen und einleiten.

Einvernehmlichkeit ist hier wichtig, um ein Hauen und Stechen zu vermeiden, ist aber gerade mit SPD und Grünen nicht herzustellen.

Aber die finanzielle Entwicklung in Erkrath geht in die falsche Richtung, wir erreichen bald einen scheinbar ausgeglichenen Haushalt, auf Kosten sehr hoher Investitionskredite (Schulden). Die jetzige Politik endet in Zukunft in einem Desaster.

Was hinterlassen wir den kommenden Generationen?

Wir kommen zu folgendem Schluss:

So können wir nicht weitermachen.

Daher hat die BmU den vorgelegten Haushalt abgelehnt.

Abschließend (Was hinterlassen wir kommenden Generationen?)

### **III. Die Atmosphäre in der politischen Auseinandersetzung in Erkrath – so können wir nicht weitermachen**

Wir haben auf Initiative der Grünen das Kinderparlament und auf Initiative der BmU den Jugendrat gegründet, uns ist die Beteiligung der jüngeren, nocht-nicht-wahlberechtigten Generation wichtig, aber was leben wir ihnen vor?

Noch bevor die AfD vermutlich 2020 auch in den Erkrather Stadtrat einziehen wird, hat sich der Ton in der politischen Auseinandersetzung in Erkrath massiv verschärft, die Atmosphäre deutlich verschlechtert.

Wie Bernhard Osterwind bereits vor Monaten schrieb: „In der vermeintlich „kleinen“ wie großen Politik gibt es einen Trend zur Radikalisierung. Widersinniger Weise „im Namen der Demokratie“. Es geht - scheinbar - um Alles. Immer. Eine permanente Empörung und Aufgeregtheit. Der Kompromiss wird im Schulterschluss bekämpft von jenen, die mehr wollen und jenen, die weniger oder nichts wollen.

Der Kompromiss in der Mitte wird nicht nur als Verrat in der Sache gebrandmarkt, sondern überhöht als Verrat an der Identität der Handelnden. Zeichen des letzteren Phänomens ist die wiederholte Aufforderung, die BmU solle Ihren Namen ändern, Zeichen des ersteren Phänomens, dass der BmU, auch aus der Mitte des Rates durch z.B. Peter Knitsch und Detlef Ehlert, z.B. in facebook "Lüge" und "verliert Minimum an Glaubwürdigkeit" vorgeworfen wird.

Beide haben nur in einem Recht: ein „Minimum“ an Respekt geht dabei verloren.

Wenn wir das untereinander schon so treiben und da ist die Härte und die Art und Weise (Emotionalisierung) des Vorgehens der kompletten (!) Verwaltungsspitze und (!) der Feuerwehr gegen das Programm Soziale Stadt nicht sehr weit von entfernt, dann darf man nicht mit dem Finger auf die Gesellschaft zeigen, welche ihren Respekt vor der Arbeit „der Politik“, „der Politiker“, ja sogar der staatlichen Organisationen weitgehend verloren hat. Auch aus dieser Saat wächst Populismus auf. Das wird 2020 auch in Erkrath abzulesen sein.

Die von der BmU vorgelegten Fakten werden erst gar nicht versucht zu widerlegen, sondern sofort subjektiviert. "Habe ich/haben sie aber so empfunden (sic!). Und das zu Recht".

Wer aber das subjektive Empfinden (Fake News) als Maßstab der Politik erhebt, verliert den konstituierend sozialen wie prozesshaften Charakter der Demokratie völlig aus den Augen.

Populismus statt Demokratie gibt es nicht nur rechts. Er kann auch in grünem oder rotem Mäntelchen, selbst in der Verwaltung daherkommen.“

Und gerade die Länge von aggressiven Wort- und Textbeiträgen in Rat und dissozialen Medien macht den respektvollen Austausch von unterschiedlichen Ansichten kaum mehr

möglich. Bei einigen wird alles der Wahlkampfstrategie und dem Fertigstellen des Andersdenkenden untergeordnet.

So können wir nicht weitermachen:

Hier sind alle gefordert, wieder zu einem fairen Miteinander zu kommen.

Und es ist hoffentlich keine Utopie:

Dass sich alle am Allgemeinwohl interessierten Kräfte aufrufen und einvernehmlich sowie kompromissbereit die schwierigen Aufgaben der nächsten Jahre angehen werden.

In der Sonderratssitzung am 21.03.2019 wurde das von der NSG eingebrachte

**Bürgerbegehren** durch CDU und SPD -bei Enthaltung der BmU- als unzulässig abgelehnt.

Die Fragestellung des Begehrens hatte sich nach Expertise des Städte- und Gemeindebundes und eines Fachanwaltsbüros als unzulässig erwiesen, da zum einen die Fragestellung nicht klar genug formuliert war und da §26 der Gemeindeordnung keine Begehren in Sachen eines Bebauungsplanes zulässt.

Die BmU hatte sich daher für die Durchführung eines **Ratsbürgerentscheides** und die Beratung durch eine Fachanwaltskanzlei ausgesprochen, um auf diesem Wege doch noch einen Entscheid durch die Bürger herbeiführen zu können und die aufgekochte Stimmung zu befrieden.

Der von der BmU vorgeschlagene Ratsbürgerentscheid zum Thema Neanderhöhe musste in der Ratssitzung am 10.04.2019 von CDU, SPD und BmU allerdings abgelehnt werden.

Unsere Hoffnung, dass unser Formulierungsvorschlag deswegen zulässig sein könnte, da es sich bei dem Bplan Neanderhöhe um eine Angebotsplanung und nicht um einen Vorhaben- und Erschließungsplan handelt, wurde durch das Gutachten des Fachanwalts allerdings enttäuscht. In diesem wird deutlich gemacht, dass auch die zeitweise (sowohl ein erfolgreiches Bürgerbegehren als auch ein erfolgreicher Ratsbürgerentscheid hätten bloß aufschiebende Wirkung für 2 Jahre gehabt) Verhinderung des Verkaufs von Flächen als Verhinderung der Erfüllung eines Bebauungsplanes und damit nach §26 der Gemeindeordnung als unzulässig zu werten sei.

Dass die BmU zu Beginn der Ratssitzung das Zurückziehen des Antrages erklärt hat, darf nicht als kampfloses Einknicken oder gar „Trickserei“ (Grüne) verstanden werden. Angesichts des ausführlichen Rechtsgutachtens sowie den Ankündigungen von CDU und SPD, dem Ratsbürgerentscheid (der ein 2/3-Mehrheit benötigt hätte) nicht zuzustimmen, wollten wir pragmatisch nur eine an dieser Stelle unnötige und über-emotionale Debatte vermeiden. Wie schrieb Peter Knitsch in facebook: Die Position der BmU sei „nicht hinzunehmen“. So wie es dann leider auch in der Ratssitzung tatsächlich stattfand. Die Bürger akzeptierten die Entscheidung der übergroßen Mehrheit des Rates nicht und störten wiederholt den Sitzungsablauf. Während der Sitzung wurden durch den Bürgermeister sogar Zuhörer des Saales verwiesen, da sich diese nicht an die Regeln einer Ratssitzung gehalten hatten.

Eine von den Grünen beantragte **Bürgerbefragung** wurde von CDU, SPD und BmU **abgelehnt**, eine „freiwilliger Bindung“ des Ratsmitgliedes an das Ergebnis der Befragung, wie von den Grünen gefordert, ist aus Sicht dieser großen Mehrheit nicht rechtens.

Die Bürger haben die direkte Entscheidung bei einem Bürgerbegehren oder Ratsbürgerentscheid bzw. (indirekt) bei dem Wahlen zum Stadtrat, das gewählte Ratsmitglied darf laut §43 der Gemeindeordnung jedoch nicht in der Freiheit seines Mandats eingeschränkt werden, es muss ausschließlich anhand seiner inhaltlichen Erkenntnisse und Abwägungen seine Entscheidung fällen. Eine Befragung kann nur unverbindlich sein, sie ist nicht unbedingt repräsentativ und es ist auch nicht zu erwarten, dass sich die Abstimmungsverhältnisse (25:15 in geheimer Abstimmung für den Bplan) danach signifikant ändern würden. Auch die Befragung würde der Bürgerschaft fälschlicherweise suggerieren, dass sie über den Bplan entscheiden könnte oder der Plan aufgehoben wäre. Der Ärger einiger Bürger wäre dann nur noch größer.

Außerdem handelt es sich auch bei dieser Befragung wieder um einen Umgehungsversuch von §26 und muss dann konsequenterweise als unzulässig angesehen werden.

Und wenn im Antrag der Grünen erklärt wird, dass die Mehrheit des Rates das Bürgerbegehren „zu Unrecht“ abgelehnt hätte, zeugt dies nicht davon, dass sie bei den anderen Fraktionen um Zustimmung für den Antrag werben wollten.

Sehr problematisch ist die Wortwahl, insbesondere aus den Reihen der NSG und der Grünen, die offensichtlich dazu gedacht ist, die Stimmung anzuzünden. Hier wird immer wieder suggeriert, die Bürger würden „hinter das Licht geführt“, die Argumentationen der Anderen bzw. von Fachanwälten seien „merkwürdig“ bzw. „höchst zweifelhaft“, die Diskussion um den Bplan Neanderhöhe sei „plötzlich“ gekommen (in Wahrheit war dies seit und während der Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes auf der Agenda). Und es wurden und werden immer wieder unrichtige Behauptungen aufgestellt:

- die Flächenangaben der neu zu erschließenden Flächen statt mit 3,4 mit 8 ha angegeben,
- dass Erkrath kein Einnahmeproblem hätte,
- dass genügend Leerflächen in Unterfeldhaus existieren würden.

Ein Blick in die FAQ-Sammlung der Stadt im Ratsinformationssystem zu diesem Thema macht dies deutlich.

Oder es werden Nebenargumentationslinien eröffnet, wie Biotop-Schutz (die zu bebauende Fläche ist kein Biotop, sondern ein konventionell bewirtschafteter Acker, ein Bewirtschaftungstyp, der als eine Ursache des Artensterbens gilt) oder Verlust von Flächen für die Nahrungsmittelproduktion (dort wird in großen Teilen zur Zeit Pferdefutter angebaut). Die Fläche gehört auch nicht zum beschlossenen Biotopvernetzungsplan der Stadt. Die ökologischen Verhältnisse in Erkrath werden sogar verglichen mit der aktuellen Situation verbessert, da mehr als der ursprünglich geforderte ökologische Ausgleich geleistet wird. Zum Teil an gleichem Ort, da die massive, neu zu errichtende Hecke tatsächlich Biotopvernetzungsfunktionen erfüllen wird.

Statt sachlicher Diskussion wurde und wird immer wieder Öl ins Feuer gegossen.

Und die Grünen, die heute „undemokratisches“, „lächerliches“, „unakzeptables“, „nicht hinzunehmendes“ Verhalten monieren, sollten sich dabei an ihrem eigenen Verhalten

messen, als sie 1994 in namentlicher Abstimmung gegen (!) die Durchführung des Bürgerbegehrens „Keine Gesamtschule in Erkrath“ gestimmt hatten. Begründung: die Gemeindeordnung verböte das. Damals lag kein Rechtsgutachten vor und die Abstimmung ging 20:19 gegen die Durchführung des Bürgerentscheides aus.

Beim Bürgerbegehren bezüglich der Stromnetzübernahme stimmten die Grünen sogar dagegen, dass eine Briefwahl ermöglicht wird, was eigentlich demokratischer Standard ist.

Die BmU wird immer zulässige Bürgerbegehren unterstützen, auch wenn diese inhaltlich eventuell nicht unserer Überzeugung entsprechen, unverbindliche Bürgerbefragungen als „Meinungsumfrage“ sehen wir aber insgesamt kritisch. Man muss sich nur einmal überlegen, was z.B. bei einer Befragung „Sind Sie für den Zuzug weiterer Flüchtlinge nach Erkrath?“ 2017 herausgekommen wäre. Volkszorn ist schnell mal durch Übertreibungen, Fortlassungen, Falschdarstellungen entfacht, um auf der Flamme das eine oder andere Süppchen zu kochen.

Die Enttäuschung und den Unmut bei der sehr engagierten Bürgerinitiative NSG und bei den Unterschriftengebern über das Nichtzustandekommen des Bürgerentscheids ist nachvollziehbar.

Allerdings muss hier auch die Frage gestellt werden, wer Verursacher dieses Unmutes ist. Es bleibt festzustellen, dass die Initiative NSG einerseits ihre Unterschriftenaktion früher hätte starten müssen, nämlich vor dem Aufstellungsbeschluss, vor der Einleitung des Bplanes. Und andererseits ist die NSG, wie einer ihrer Sprecher in der Ratssitzung am 10.4. auch öffentlich -im Nachhinein- zugab, mit einer unzulässigen Fragestellung angetreten. Und dass Bürgermeister und Verwaltung lange Zeit die Formulierung des Begehrens für rechtskonform erklärten und erst auf Nachfrage fachlichen Rat einholten, ist das andere schwere Versäumnis.

Das Ratsmitglied, das einen Eid auf das Wohl der Stadt und Recht und Gesetz geleistet hat, und dieses auch ernst nimmt, bleibt keine andere Wahl, es darf etwas Unzulässiges nicht für zulässig erklären, auch dann nicht, wenn er die Sache für gerecht und richtig hält. Und gerade der Eid auf das Wohl der Stadt ist es ja, dass die BmU nach langem Abwägen dem Kompromiss-Bplan Neanderhöhe zugestimmt hat. Neben anderen finanzpolitischen Maßnahmen ist eben auch die Ansiedlung weiterer gewerbesteuerkräftiger Unternehmen notwendig, wenn wir die Haushaltsschieflage ausgleichen und Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung, die Sanierung der Schulen/Turnhallen, VHS, Musikschule, Bürgerbüros, Bibliotheken und Zuschüsse für Vereine, Soziales (u.a.) zur Verfügung haben wollen. Allein das jüngste Urteil, das die Stadt Monheim bei der Umlage der Kosten der Förderschulen erwirkt hat, belastet die Stadt Erkrath jährlich zusätzlich mit einer halben Million Euro. Es wird auch 2022 keine schwarze Null im Haushalt geben und zudem werden sich die Investitionskredite von 38,5 auf 86,2 Millionen Euro mehr als verdoppelt haben. Jeder der sich eine Meinung zum Thema Neanderhöhe bilden möchte, sollte dies wissen und berücksichtigen.

- **Angesichts des Mottos unserer Haushaltsrede „So können wir nicht weitermachen!“ - Die die BmU will weitermachen!**

Gerade 2018 und 2019 zeigen, dass es wichtig ist, dass die BmU weiterhin einen Beitrag zu einer sachlichen Politik in Erkrath leistet.

Seit 31 Jahren ist die BmU als unabhängige Wählergemeinschaft e.V. in Erkrath aktiv. Bürgerinnen und Bürger, die sich u.a. beim erfolgreichen Kampf um den Erhalt der Bruchhauser Feuchtwiesen kennengelernt hatten und die unzufrieden mit einer festgefahrener Parteipolitik waren, waren die Gründer. Über die Jahre ist es uns immer wieder gelungen, ein engagiertes und fachkundiges Team zusammenzustellen. Gerade 2009 und 2014 waren wir sehr gut aufgestellt und konnten mit 9 bzw. 7 Ratsmitgliedern die drittgrößte Fraktion stellen, die je nach Sachfrage offen für eine wechselnde Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen war.

Für die Kommunalwahl 2020 werden uns nun aber einige Mitglieder alters- und gesundheitsbedingt nicht mehr bzw. nur noch eingeschränkter zur Verfügung stehen.

Daher ist ein Jahr vor der Kommunalwahl 2020 auch der Zeitpunkt gekommen, sich über das Team dazu Gedanken zu machen.

Wir wollen Bürgerinnen und Bürger für diese Arbeit gewinnen und unser Team verstärken.

- Als passive Mitglieder.
- Als praktische Helfer, z.B. bei Informationsständen, Plakatkleben, ...
- Als Teilnehmer und Mitberater in unseren offenen Fraktionssitzungen.
- Als Mitarbeiter bei Projekten bzw. in der Fraktion als Sachkundiger Bürger in einem Ausschuss (z.B.: Planung-Verkehr-Umwelt; Stadtentwicklung-Wirtschaftsförderung; Schule; Soziales; Jugendhilfe; Sport; Feuerwehr; Kultur; Aufsichtsrat Stadtwerke, ...)
- Als Kandidaten auf der BmU-Wahl-Liste, damit wir jeden Wahlbezirk mit einer Kandidatin bzw. einem Kandidaten besetzen können und somit dort erst wählbar sind.
- Und vielleicht sogar als Mitglieder unserer Fraktion im nächsten Stadtrat.

Wir bedanken uns bei unseren Mitgliedern für ihre Unterstützung und dabei insbesondere unseren Sachkundigen Bürgern und Ratsmitgliedern für ihr ausführliches und zeitintensives Engagement.

Bernhard Osterwind  
Fraktionsvorsitzender

und

Christian Ritt  
Vorsitzender BmU e.V.